

## Lastschriftverfahren in der Insolvenz des Schuldners

Im Lichte der neuen BGH-Rechtsprechung

Bearbeitet von  
Christoph Thomas Koehler

1. Auflage 2010. Buch. 266 S. Hardcover  
ISBN 978 3 631 60161 7  
Format (B x L): 14,8 x 21 cm  
Gewicht: 510 g

Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Insolvenzrecht,  
Unternehmenssanierung

Zu Leseprobe

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
A) Einleitung .....	1
I. Gang der Untersuchung .....	2
II. Rechtliche Grundlagen des Lastschriftverfahrens .....	4
1.) Das Abbuchungsauftragsverfahren .....	5
a) Technischer Ablauf .....	5
b) Rechtliche Einordnung .....	6
c) Keine Widerspruchsmöglichkeit .....	7
2.) Das Einzugsermächtigungsverfahren .....	7
a) Technischer Ablauf .....	7
b) Rechtliche Einordnung .....	8
aa) Einzugsermächtigung als anweisungsähnliche Doppel- ermächtigung .....	10
bb) Einzugsermächtigung als Vollmacht .....	10
cc) Die Einzugsermächtigung als Ermächtigung zur Erteilung von Weisungen .....	11
dd) Die Theorie von der Leistungsbestimmung nach § 317 BGB .....	12
ee) Genehmigungstheorie – Basis dieser Untersuchung .....	13
c) Widerspruchsmöglichkeit .....	14
aa) Das „Recht“ zum Widerspruch .....	14
bb) Grenzen eines zulässigen Widerspruchs .....	15
cc) Rechtsfolgen des missbräuchlichen Widerspruchs .....	16
d) Rechtsverhältnisse der beteiligten Parteien .....	17
aa) Rechtsverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (sog. Valutaverhältnis) .....	17
bb) Rechtsverhältnis zwischen Schuldner zu seiner Bank/Zahlstelle ... (Deckungsverhältnis) .....	18
cc) Rechtsverhältnis zwischen Gläubiger und seiner Bank (Inkassoeverhältnis) .....	19
dd) Rechtsverhältnis zwischen den Banken (Interbankenverhältnis) ...	20
ee) Keine sonstigen vertraglichen Rechtsbeziehungen .....	21
f) Elektronisches Lastschriftverfahren .....	21
g) Online-Lastschriftverfahren .....	22
B) Hauptteil .....	23
I. Einzugsermächtigungsverfahren .....	23
1. Die Widerspruchsmöglichkeit des (endgültigen) Insolvenzverwalters ...	23
a) Ausgangspunkt: Der Erfüllungszeitpunkt im Einzugs- ermächtigungsverfahren (362 Abs.1 BGB) .....	24
aa) Erfüllung im Zeitpunkt der Genehmigung der Lastschrift .....	25
(1) Darstellung .....	25

(2) Gründe.....	26
(3) Kritikpunkte.....	27
bb) Erfüllung bei Einlösung der Lastschrift unter auflösender Bedingung .....	31
(Bedingungstheorie) .....	31
(1) Darstellung.....	31
(2) Gründe.....	32
(3) Kritikpunkte.....	32
cc) Unbedingte Erfüllung im Zeitpunkt der Einlösung der Lastschrift (Erfüllungstheorie).....	41
(1) Darstellung.....	41
(2) Gründe.....	42
(3) Kritikpunkte .....	42
dd) Zusammenfassung und Stellungnahme.....	46
b) Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 InsO.....	49
c) Die Bindung des Insolvenzverwalters an schuldrechtliche Verträge des Schuldners.....	50
aa) Ausgangspunkt: § 80 Abs.1 InsO.....	51
(1) Aufgaben und Pflichten des Insolvenzverwalters .....	52
(2) Einschränkungen der Rechte des Insolvenzverwalters.....	53
(3) Besonderheiten für Girokonten in der Insolvenz.....	54
bb) Rechtsfolgen für die Lastschriftabrede .....	55
(1) Rechtsprechung und ganz überwiegende Auffassung bis zum Jahre 2004 .....	55
(2) Seit 2004 ständige Rechtsprechung des IX.Senats für Insolvenzrecht und gewichtige Literaturansicht .....	57
(3) Stellungnahme.....	59
(4) Schlussfolgerungen für die Lastschriftabrede bei Erfüllung durch Genehmigung der Belastungsbuchung gegenüber der Zahlstelle im Deckungsverhältnis.....	62
(5) Exkurs: Schlussfolgerungen für die Lastschriftabrede bei Annahme der Erfüllung unter auflösender Bedingung.....	63
(6) Exkurs: Schlussfolgerungen für die Lastschriftabrede bei Annahme einer unbedingten Erfüllung mit vorbehaltloser Gutschrift.....	66
(7) Zwischenergebnis .....	67
d) Kein Aussonderungsrecht § 47 InsO.....	68
e) Der Gläubigergleichbehandlungsgrundsatz.....	71
aa) Gründe für die Gleichbehandlung / historische Hintergründe .....	71
bb) Verteilungsgerechtigkeit .....	74
cc) Gründe für eine Besserstellung .....	74
(1) Rechtfertigung für Besserstellung nach Art.3 GG.....	75
(2) Rechtfertigung alleine aufgrund privatrechtlicher Wertungen.....	76
(3) Stellungnahme.....	76

dd) Unterschiede zwischen Insolvenzgläubiger und Zahlungsempfänger .....	77
(1) Erlangung eines Vermögensvorteils .....	78
(2) Widerspruchsmöglichkeit und Lastschriftabrede als Sicherungsmittel sui generis .....	79
(3) Sinn und Zweck der Widerspruchsmöglichkeit .....	80
(4) Andere Stellung in der Verlustgemeinschaft .....	83
(5) Systemwidrige Auslegung des Gleichbehandlungsgrundsatzes .....	85
(6) Vergleich zu anderen Zahlungsmethoden .....	86
(7) Zusammenfassung .....	90
ee) Verkehrssitten im Insolvenzrecht § 242 BGB .....	90
ff) Grenzen zulässiger Rechtsfortbildung .....	92
gg) Ergebnis .....	93
f) Kontoführung im Debet .....	94
aa) Keine Unwirksamkeit aufgrund Insolvenzzweckwidrigkeit .....	95
bb) Rechtfertigungsgründe .....	96
(1) Freiwerden von Sicherheiten .....	96
(2) Unüberschaubarkeit des Schuldnervermögens .....	96
(3) Wiederherstellung der Liquidität .....	97
cc) Stellungnahme .....	97
(1) Bevorzugung der Zahlstelle .....	97
(2) Keine Rechtfertigung durch die <i>condicio par creditorum</i> .....	98
(3) Differenzierung zwischen geduldeter Kontoüberziehung und Überziehungskredit .....	99
(4) Freiwerden von Sicherheiten auf beiden Seiten .....	102
dd) Zusammenfassung .....	103
2. Die Widerspruchsmöglichkeit der vorläufigen Insolvenzverwalter .....	105
a) Rechtfertigung des Widerspruchs alleine aufgrund des Sicherungszwecks .....	105
aa) Folgen der Widerspruchs bei späterer Ablehnung der Insolvenzeröffnung .....	107
(1) Kein Wiederaufleben des Anspruchs nach der Genehmigungstheorie ? .....	108
(2) Stellungnahme .....	108
b) Der starke vorläufige Insolvenzverwalter, §§ 21 Abs.2 S.1 Nr.2 1. Alt, 22 Abs.1 S.1 InsO .....	111
aa) Einordnung der Genehmigung der Lastschrift als Verfügung .....	111
c) Der vorläufige Insolvenzverwalter mit Zustimmungsvorbehalt .....	114
§ 21 Abs.2 S.1 Nr.2 2. Alt, 22 Abs.2 InsO .....	114

aa) Kein Widerspruchsrecht des vorläufigen Verwalters mit Zustimmungsvorbehalt .....	114
bb) Versagung der Zustimmung zur Genehmigung der Lastschrift.....	115
cc) Folgen einer Genehmigung des Schuldners .....	115
dd) Belastung des Kontos verbleibt schwebend unwirksam.....	116
ee) Schweigen des vorläufigen Verwalters .....	117
ff) Keine Zustimmung zum Widerspruch des Schuldners .....	118
gg) Sonderform der Einzelermächtigung .....	119
d) Der schwache vorläufige Insolvenzverwalter .....	120
3. Die Widerrufsmöglichkeit des Schuldners.....	121
a) Keine direkte Bindung des Schuldners an die <i>conditio</i> <i>par creditorum</i> .....	121
b) Keine Aufgabe zur Erhaltung und Sicherung der Masse .....	121
c) Rechtsgedanke der §§ 64 S.1 GmbHG, 92 Abs.2 S.1 AktG, 130a Abs.1 S.1 .....	122
HGB .....	122
aa) Keine Ausweitung auf natürliche Personen .....	122
bb) Zeitpunkt des Widerspruchs.....	123
cc) Debitorische Konten .....	124
dd) Mitwirkungspflichten des Schuldners.....	124
4. Ausnahmefälle.....	126
a) Grenzen der Zulässigkeit einer Genehmigung des vorläufigen Verwalters .....	126
und Insolvenzzweckwidrigkeit .....	126
b) Unternehmensfortführung .....	128
c) Verzug mit Erst- und Folgeprämien bei Versicherungsverträgen .....	129
§§ 37 f. VVG.....	129
d) Pflichtversicherungen .....	131
5. Besonderheiten im Verbraucherinsolvenzverfahren, §§ 304 ff. InsO ...	133
a) Pfändungsschutz .....	134
b) Versorgungerverträge .....	136
c) Wohnraummietverträge .....	137
aa) Mietzins .....	137
bb) Mietkaution .....	141
d) Folgen im persönlichen Umfeld .....	143
aa) Gemeinschaftskonten.....	143
1) „Und-Konto“ .....	143
2) „Oder-Konto“ .....	144
3) Problem der Vermögenstrennung .....	145
4) Kapitalerhaltungspflicht .....	146
6. Geltung der Bedingungen zur Zahlung mittels Lastschrift bzw. der AGB-Banken gegenüber dem Insolvenzverwalter .....	148
a) Wirkung gegenüber dem schwachen vorläufigen Verwalter (ohne Zustimmungsvorbehalt).....	149

b) Wirkung gegenüber dem vorläufigen starken Verwalter §§ 21 Abs.2 S.1 Nr.2 1.Alt, 22 Abs.1 S.1 InsO .....	149
c) Wirkung gegenüber dem vorläufigen Verwalter mit Zustimmungsvorbehalt .....	151
§ 21 Abs.2 S.1 Nr.2 2.Alt, 22 Abs.2 InsO .....	151
d) Wirkung gegenüber dem endgültigen Insolvenzverwalter.....	152
e) Stellungnahme für eine uneingeschränkte Anwendung auf alle Formen der Insolvenzverwaltung.....	155
f) Keine Zerstörung der Genehmigungsfiktion mittels öffentlicher Bekanntmachung nach § 9 InsO .....	158
7. Konkludente Genehmigung.....	160
a) Schweigen auf den Kontoauszug.....	160
b) Aktive und widerspruchslose Fortführung des Kontos .....	161
c) Gespräche mit der Zahlstelle, Verhandlungen, usw. ....	164
d) Fortführung der Kontoverbindung durch den endgültigen Insolvenzverwalter .....	164
8. Reaktionsmöglichkeiten der Beteiligten zur Risikominimierung.....	165
a) Zahlstelle .....	165
aa) Verkürzung der Genehmigungsfiktionsfrist/ Umstellung auf monatlichen.....	165
Rechnungsabschluss.....	165
bb) Verkürzung der Frist der Genehmigungsfiktion .....	165
cc) Aufforderung zur Abgabe einer vorzeitigen Erklärung .....	166
b) Zahlungsempfänger/ Lastschriftgläubiger.....	167
aa) Umstellung auf andere Zahlungsmethoden .....	167
bb) Individualvertragliche Vereinbarung bzgl. des Erfüllungszeitpunktes.....	167
9. „Deals“ zwischen Insolvenzverwalter und Zahlstelle.....	170
10. Anfechtungsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters, §§ 129 ff. InsO.....	174
a) Die Zahlung mittels Lastschrift durch den Schuldner.....	174
aa) Anfechtung gegenüber dem Gläubiger.....	175
(1) Anfechtungsgrund: § 130 Abs.1 S.1 Nr.1 InsO.....	175
(2) Maßgebliche Rechtshandlung.....	175
(3) Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit bzw. den Umständen.....	177
(4) Gläubigerbenachteiligung.....	177
(5) Ausschluss aufgrund Bargeschäft § 142 InsO.....	179
bb) Anfechtung gegenüber der Zahlstelle .....	181
(1) Anfechtungsgrund.....	181
(2) Ausschluss wegen Bargeschäft § 142 InsO.....	182
(3) Leistungsbeziehung im Mehrpersonenverhältnis – richtiger Anfechtungsgegner .....	183
b) Anfechtung der Genehmigung durch den vorläufigen Verwalter .....	185
aa) Grundsätzliche Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen	

vorläufiger Verwalter.....	185
bb) Insolvenzzweckwidrigkeit.....	185
cc) Anfechtungsgrund § 130 Abs.1 S.1 Nr.2 InsO.....	186
dd) Kenntnis des Anfechtungsgegners .....	186
ee) Vertrauensschutz.....	187
c) Die „Verrechnung“ des Lastschriftbetrags durch die Zahlstelle bei Widerruf der Lastschrift.....	188
11. Einlösung und Verrechnung der Lastschrift in den verschiedenen Zeiträumen.....	190
a) Das Deckungsverhältnis .....	190
aa) Genehmigungstheorie.....	190
bb) Ermächtigungs- und Vollmachtstheorie.....	191
cc) Neuere Ansicht – auflösend bedingter Aufwendungs- ersatzanspruch.....	192
dd) Stellungnahme.....	193
b) Die generelle Verrechnung von Einzugsermächtigungs- lastschriften im Kontokorrent nach der Genehmigungstheorie.....	194
aa) Kontokorrentverhältnis zwischen Bank und Schuldner § 355 HGB .....	194
bb) Grundfall der Verrechnung .....	195
c) Einlösung von Lastschriften nach Erreichen eines Insolvenzgrundes bzw. Stellen des Insolvenzantrages und späterer Genehmigung.....	195
aa) Kreditorische Kontoführung.....	196
bb) Debitorischer Saldo .....	197
d) Einlösung nach Erlass von Sicherungsmaßnahmen und späterer Genehmigung .....	197
aa) Anordnung eines allgemeinen Verfügungsverbotes § 21 Abs.2 Nr.2 1.Abs InsO.....	197
(1) Generelle Befugnis zur Einlösung ist zu bejahen.....	198
(2) Erlöschen des Kontokorrentverhältnisses.....	199
(3) Unkenntnis der Zahlstelle von dem Erlöschen des Kontokorrents.....	200
(4) Unkenntnis vom Erlöschen des Kontokorrents bei kreditorischer Kontoführung.....	201
(5) Unkenntnis vom Erlöschen des Kontokorrents bei debitorische Kontoführung .....	203
bb) Einlösung nach Erlass eines allgemeinen Verfügungsverbotes und Einsetzung eines starken vorläufigen Insolvenzverwalters und spätere Genehmigung.....	203
cc) Einsetzung eines vorläufigen Verwalters mit Zustimmungs- vorbehalt und spätere Genehmigung .....	203
e) Einlösung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	204

aa) Schutz der Zahlstelle bei fehlender Kenntnis der Insolvenzeröffnung .....	204
(1) Kreditorische Kontoführung .....	204
(2) Debitorische Kontoführung .....	205
f) Zusammenfassung .....	206
II. Das Abbuchungsauftragsverfahren .....	208
1. Die wesentlichen Unterschiede .....	208
2. Abbuchungsaufträge nach Eintritt des Insolvenzgrundes bzw. Stellen des Insolvenzantrags .....	209
a) Verrechnung .....	209
3. Einlösung nach Anordnung von Sicherungsmaßnahmen .....	211
a) Erlass eines allgemeinen Verfügungsverbot § 21 Abs.2 Nr.2	
1. Alt InsO .....	211
b) Einsetzung eines starken vorläufigen Insolvenzverwalters, § 21 Abs.2 S.1 .....	212
Nr.2, 22 Abs.1 S.1 InsO .....	212
c) Einsetzung eines vorläufigen Verwalters mit Zustimmungsvorbehalt, § 21 Abs.2 S.1 Nr.2 2 Alt. InsO .....	212
4. Abbuchungsaufträge nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	213
a) Einlösung in Unkenntnis der Verfahrenseröffnung .....	213
aa) Einlösung bei Unkenntnis zu Lasten eines kreditorischen Kontos .....	213
bb) Einlösung bei Unkenntnis zu Lasten eines debitorischen Kontos .....	214
cc) Einlösung bei Gefahr in Verzug .....	215
5. Anfechtung gegenüber dem Zahlungsempfänger .....	216
a) Rechtshandlung nach § 129 InsO .....	216
b) Anfechtungsgrund und maßgebliche Rechtshandlung nach § 130 Abs.1 S.1 .....	216
Nr.1 InsO .....	216
c) Anfechtungszeitraum .....	216
d) Gläubigerbenachteiligung .....	216
e) Kenntnis des Gläubigers .....	217
f) Bargeschäft nach § 142 InsO .....	217
III. Europäische Lastschrift - SEPA Lastschrift .....	218
1. Technischer Ablauf .....	218
2. Rechtliche Behandlung .....	219
a) Rechtsverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Valutaverhältnis) .....	219
b) Rechtsverhältnis zwischen Schuldner und Zahlstelle (Deckungsverhältnis) .....	220
c) Rechtsverhältnis zwischen Zahlstelle und Inkassostelle (Interbankenverhältnis) .....	222
3. Insolvenzzrechtliche Probleme .....	223

a) Erfüllungszeitpunkt.....	223
b) Keine Genehmigung der Lastschrift notwendig.....	224
c) Bedingungen zur Zahlung mittels SEPA-Basislastschrift.....	225
d) Anfechtung .....	225
e) Einlösung der Lastschrift durch die Zahlstelle.....	226
f) Grenzüberschreitende Lastschriften und Zahlungsverkehrsfreiheit Art.63 .....	226
AEUV (Art. 56 EGV a.F.) .....	226
C) Zusammenfassung.....	228
D) Literaturverzeichnis .....	233